



Dr. Christos Pantazis, MdB

*Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 50 | Braunschweig
Stellv. gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion*

Pressemitteilung

Internationaler Frauentag am 8. März: Gleichberechtigung ist nicht verhandelbar

Bundestagsabgeordneter Dr. Pantazis: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist unumstößliches Ziel sozialdemokratischer Politik.“

Braunschweig, 07.03.2024

Dr. Christos Pantazis, MdB
*Abgeordneter für Braunschweig
Stv. gesundheitspolitischer Sprecher*

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: +49 30 227 78040
Fax: +49 30 227 23 78040

Wahlkreisbüro:
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Tel.: +49 531 4809 822
Fax: +49 531 4809 850

christos.pantazis@bundestag.de
www.christos-pantazis.de

Anlässlich des Internationalen Frauentags am morgigen Freitag, 8. März, macht der Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Christos Pantazis deutlich: „Als SPD-Bundestagsfraktion machen wir uns für eine gerechte Zukunft stark, in der die Gleichstellung von Frauen und Männern eine nicht verhandelbare Realität ist.“ Hierzu gehören die faire Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit, mehr Frauen in Führungspositionen, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und eine gute Rente, die nicht vom Geschlecht abhängt.

„Wir wollen, dass Frauen selbstbestimmt über ihre Familienplanung entscheiden und ihr Leben frei von Gewalt gestalten können. Wir stärken die gemeinsame Verantwortung privater Sorgearbeit, indem wir eine Familienstartzeit einführen, die eine zweiwöchige Freistellung des Partners oder der Partnerin nach der Geburt eines Kindes umfasst. Außerdem setzen wir uns für verbesserte Mutterschutz- und Elterngeldregelungen ein. Wir werden sogenannte Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegner:innen gesetzlich unterbinden und so das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung stärken“, betont Dr. Pantazis.

Die Kommission der Bundesregierung zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin prüfe unter anderem Regelungen von Schwangerschaftsabbrüchen außerhalb des Strafrechts. Im April werde sie ihre Ergebnisse vorlegen, so Dr. Pantazis. „Die politische und gesellschaftliche Debatte dazu ist längst überfällig. Konsequenter bekämpfen wir Gewalt gegen Frauen und werden einen Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt einführen. Das Bundesfrauenministerium erarbeitet aktuell ein entsprechendes Gewalthilfegesetz“, erläutert Dr. Pantazis. Der Einsatz für eine moderne Gesellschaft, in der die Gleichberechtigung von Frauen selbstverständlich und unumstößlich ist, sei von großer Bedeutung.